



Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441  
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail [ralf.witzel@landtag.nrw.de](mailto:ralf.witzel@landtag.nrw.de)

Düsseldorf, 20. Oktober 2019

## ***PRESSEINFORMATION***

### **Erleichterung bei Grundsteuerfrage unangebracht: Witzel widerspricht OB Kufen**

Mit Unverständnis hat Essens FDP-Parteivorsitzender und Landtagsabgeordneter Ralf Witzel die bekundete Erleichterung von Oberbürgermeister Thomas Kufen über die Grundsteuerbeschlüsse des Deutschen Bundestages vernommen. Kufen hat diese soeben ausdrücklich begrüßt und zugleich das Land zur Eile gemahnt.

Witzel hält einen Jubel in Essen für völlig unangebracht: „Das soeben vom Bundestag beschlossene Grundsteuermodell ist für viele Essener Bürger, Betriebe und die Stadt selbst hoch problematisch. Zahlreichen Steuerpflichtigen droht eine massive Mehrbelastung und der Stadt ein Einnahmeausfall durch das stark bürokratische und daher rechtlich anfechtbare Scholz-Modell. Noch ist völlig unklar, ob die von FDP und CSU verlangte Länderöffnungsklausel vom Bundesrat beschlossen wird. Diese Freigabe ist aber die zentrale Voraussetzung dafür, für die Kommunen in unserem Bundesland eine praktikable Umsetzungslösung zu entwickeln. Die von OB Kufen selbst postulierten Ziele lassen sich mit dem aktuellen Regelwerk ausdrücklich nicht erreichen. Das Schreckgespenst von der angeblichen Abschaffung der kommunalen Grundsteuereinnahmen ist ein Märchen, das niemand aufführt und daher auch nicht als scheinbare Legitimation für jedes noch so schlechte Grundsteuermodell dienen darf.“

Die jetzigen Pläne des Bundes bewirken nach Ansicht der FDP eine unnötig bürokratische sowie rechtlich anfechtbare Kostenwertermittlung für alle Immobilien in der Stadt Essen und führten zu absurden Fehlsteuerungen, da beispielsweise Modernisierungsmaßnahmen zur Quartiersaufwertung oder Energieeinsparung durch steuerliche Mehrbelastungen zum Nachteil für Mieter und Eigentümer werden.

„Das Resultat der Grundsteuerreform dürfen weder Fehlanreize noch eine wirtschaftliche Überforderung der Essener Bevölkerung sein“, bilanziert Witzel und fügt hinzu: „Die von uns verfolgte Aufkommensneutralität bedeutet zugleich, daß die Belastung insgesamt für die Essener Bevölkerung nicht höher ausfallen darf. Das kann aber nicht das Land, sondern OB Kufen selber herstellen, indem der Essener Hebesatz so angepaßt wird, daß das aktuelle Einnahmenvolumen von 130 Millionen Euro konstant bleibt. Wir wollen diese Planungssicherheit für die Stadtfinanzen, aber ebenso sicherstellen, daß nicht etliche Bürger durch eine stark und kontinuierlich wachsende Steuerbelastung zur Aufgabe ihres angestammten Wohnumfelds gezwungen werden.“